



783 Bericht von Sophie M. Behr und Till Köveker

Wärmemonitor 2024: Nach Energiekrise entwickeln sich Preise der Heizenergieträger sehr unterschiedlich

- Haushalte in Deutschland haben 2024 etwa genauso viel geheizt wie im Vorjahr
- Preise für Fernwärme stiegen um 27 Prozent und für Gas um fünf Prozent, Preise für Heizöl fielen um zehn Prozent
- Anstieg bei Fernwärme liegt an verzögerter Weitergabe des Gas- und Ölpreisanstiegs der Vorjahre

796 Interview mit Sophie M. Behr

800 Kommentar von Tomaso Duso

Zwischen Kassenbon und Bauernhof: Machtverschiebungen in der Lebensmittelkette

100 JAHRE – 100 GESCHICHTEN

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

1925 BIS 2025



© DIW Berlin 2025

Von Indien ans DIW Berlin: Über Perspektiven, kritisches Denken und die Ausländerbehörde



Von Delhi über Oxford und München ans DIW nach Berlin – und nun für ein Forschungssemester an der Harvard University: Sonali Chowdhry hat eine beeindruckende Karriere hinter sich, und das mit 32 Jahren. Im Interview erzählt die Ökonomin, wie sie ans DIW Berlin kam, was sie in Deutschland überrascht hat und wie ihre internationale Perspektive ihr bei der Forschung zu Auswirkungen von Handelspolitik hilft.

Die ganze Geschichte und viele weitere können Sie auf unserer Jubiläumswebsite lesen: www.diw.de/100jahre



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 3. Dezember 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Caroline Stiel

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

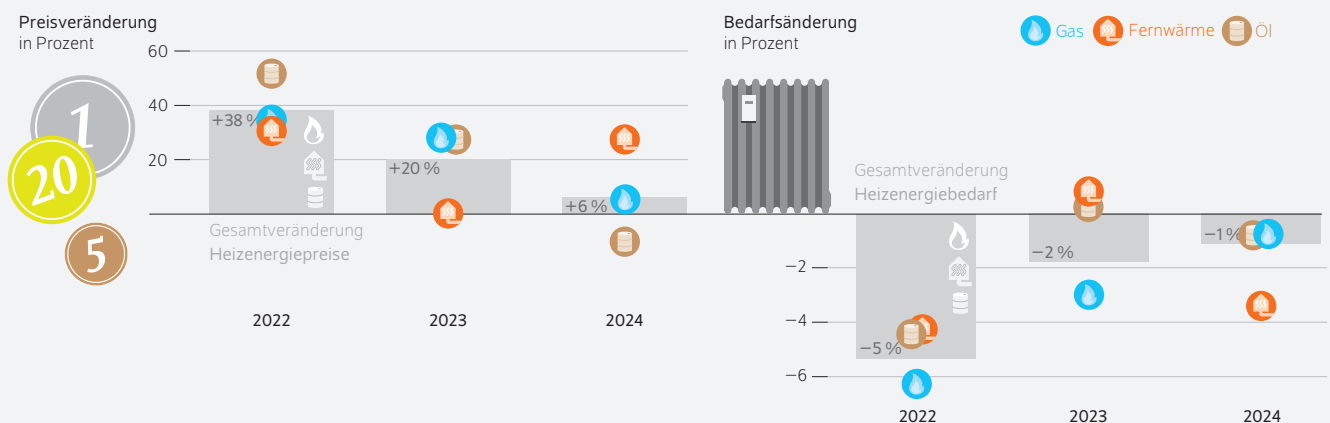
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Wärmemonitor 2024: Nach Energiekrise entwickeln sich Preise der Heizenergieträger sehr unterschiedlich

Von Sophie M. Behr und Till Köveker

- Haushalte in Deutschland haben im Jahr 2024 laut Daten des Immobiliendienstleisters ista in etwa so viel geheizt wie im Vorjahr
- Im Vergleich zu 2023 fielen die CO₂-Emissionen temperaturbereinigt um drei Prozent
- Preise für Fernwärme stiegen um 27 Prozent und für Gas um fünf Prozent; Preise für Heizöl fielen um zehn Prozent
- Preisanstieg bei Fernwärme liegt zum Großteil an verzögerter Weitergabe des Gas- und Ölpreisanstiegs der Vorjahre
- Um Fernwärmeausbau für die Wärmewende zu fördern, braucht es stabilen regulatorischen Rahmen, aber auch mehr Transparenz bei der Preisgestaltung

Preisanstieg für Heizenergie hat sich stark verlangsamt; Haushalte heizen weiterhin weniger als vor der Energiekrise



Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

Anmerkung: Änderungen jeweils gegenüber Vorjahr. Abgerechnete Heizenergiepreise als gewichtetes Mittel aus Erdgas-, Heizöl- und Fernwärmepreisen. Bedarf temperaturbereinigt. Werte für 2024 sind vorläufig.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Für die Wärmewende soll die Fernwärme stark ausgebaut und dekarbonisiert werden. Das gelingt aber nur, wenn die Akzeptanz auf Anbieter- wie auch auf Abnehmerseite hoch ist. Dazu braucht es einen verlässlichen regulatorischen Rahmen, um Investitionssicherheit für die Versorger zu schaffen, sowie Transparenz über die Preise für die Verbraucher*innen.“ — Till Köveker —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Sophie M. Behr
www.diw.de/mediathek

Wärmemonitor 2024: Nach Energiekrise entwickeln sich Preise der Heizenergieträger sehr unterschiedlich

Von Sophie M. Behr und Till Köveker

ABSTRACT

Im Jahr 2024 haben die Haushalte in Deutschland ähnlich viel geheizt wie im Jahr zuvor. Die in der Energiekrise erreichten Heizenergieeinsparungen blieben also erhalten, wie Daten des Immobiliendienstleisters ista SE zeigen. Im Vergleich zu 2023 fielen die CO₂-Emissionen temperaturbereinigt um drei Prozent. Die Preise für Heizenergie stiegen 2024 im Durchschnitt nur noch um 6,2 Prozent, allerdings gab es starke Unterschiede zwischen den einzelnen Energieträgern: So fielen die Preise für Heizöl um zehn Prozent, während sie für Erdgas um fünf Prozent und für Fernwärme um 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stiegen. Im Jahr 2023 war es noch umgekehrt: Gas- und Heizölpreise stiegen 2023 stark, der Preis für Fernwärme blieb hingegen konstant. Der Preisanstieg bei Fernwärme im Jahr 2024 liegt also zu einem großen Teil an einer verzögerten Weitergabe des Gas- und Ölpreisanstiegs. Fernwärme spielt eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Klimaziele; ihre Akzeptanz könnte durch dauerhaft höhere Preise allerdings sinken. Um dem entgegenzuwirken, braucht es einen stabilen regulatorischen Rahmen, um mehr Investitionssicherheit zu gewährleisten, aber auch größere Transparenz bei der Preisgestaltung.

Die Nachwirkungen der Energiepreiskrise blieben auch im Jahr 2024 noch spürbar: Die Heizenergiepreise verharrten auf einem hohen Niveau, und nach deutlichen Einsparungen blieb der Bedarf konstant. Diese Einsparungen in den Vorjahren waren auch verschiedenen Maßnahmen zu verdanken, die die Bundesregierung während der Energiepreiskrise ergriffen hatte, um den Energieverbrauch zu senken. Zudem wurden private Haushalte finanziell entlastet. Eine dieser Entlastungsmaßnahmen waren die sogenannten Gas- und Wärmepreisbremsen für private Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen.¹ Sie galten für das gesamte Jahr 2023 und deckelten den Preis für Gas und Fernwärme auf 12,0 beziehungsweise 9,5 Cent je Kilowattstunde (kWh) für 80 Prozent des im September 2022 prognostizierten Jahresverbrauchs. Für den davon abweichenden Verbrauch galt der reguläre Arbeitspreis des jeweiligen Vertrags. Diese Preisbremsen liefen Ende 2023 aus, sodass Haushalte im Jahr 2024 wieder ausschließlich Marktpreise zahlten.

Die Energiepreiskrise hat zu großen Anstrengungen geführt, Energie einzusparen, und neue Impulse gesetzt, um unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden. Diese Impulse kommen auch den im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Emissionszielen zugute. Dennoch verfehlte Deutschland im Jahr 2024 erneut das Sektorziel² für den Gebäudesektor. Zwar fielen die Emissionen von 102 auf 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, doch das Ziel von 97 Millionen Tonnen wurde nicht erreicht.³ Damit sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, um das Zwischenziel zu erreichen, 2030 nur noch 67 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zu

¹ Die Gas- und Wärmepreisbremse galt für private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 1,5 Millionen Kilowattstunden Gas- und Fernwärmeverbrauch je Jahr sowie für Vereine. Vgl. Gesetz zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme (Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz – EWPBG) vom 20. Dezember 2022 (online verfügbar, abgerufen am 20. November 2025). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht.

² Die Sektorziele wurden im Jahr 2024 durch eine sektor- und jahresübergreifende Gesamtbetrachtung ersetzt, vgl. Bundestag (2024): Bundestag ändert das Bundes-Klimaschutzgesetz (online verfügbar). Um die Emissionsveränderungen im Gebäudesektor dennoch abzubilden, werden der Emissionspfad und die Emissionsziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes aus dem Jahr 2021 herangezogen.

³ Umweltbundesamt (2025): Emissionsdaten 2024 (online verfügbar); Pressemitteilung des Umweltbundesamts vom 14. März 2025: Klimaziele bis 2030 erreichbar. Gesetzliches Emissionsbudget wird eingehalten – weiter Handlungsbedarf bei Verkehr, Gebäuden und natürlichen Senken (online verfügbar).

Kasten 1

Datengrundlage und Methoden zur Berechnung des Wärmemonitors 2024

Gemeinsam mit ista SE, einem der größten Immobiliendienstleister in Deutschland, hat das DIW Berlin den Wärmemonitor Deutschland entwickelt. Der Monitor berichtet jährlich seit dem Jahr 2014 in regionaler Differenzierung über die Entwicklung von Heizenergiebedarf und Heizkosten in Wohnhäusern. Grundlage der Berechnungen sind gebäudespezifische Heizkostenabrechnungen, die ista für knapp 300 000 Zwei- und Mehrparteienhäuser (über zwei Millionen Wohnungen) erstellt, klimabezogene Gewichtungsfaktoren des Deutschen Wetterdienstes sowie Zensuserhebungen des Statistischen Bundesamtes. Die Heizkostenabrechnungen enthalten Angaben zu Energieverbrauch und Abrechnungsperiode, Heizenergieträger, Energiekosten sowie Lage und Größe der Immobilie.

In den Abrechnungsdaten sind Zwei- und Mehrparteienhäuser erfasst – das heißt, die Stichprobe enthält im Eigentum oder zur Miete bewohnte Gebäude mit mindestens zwei Haushalten. Diese Auswahl wird weiter beschränkt auf Gebäude, bei denen die Fläche der Wohneinheiten im Durchschnitt zwischen 15 und 250 Quadratmetern liegt. Es handelt sich somit nicht um eine Zufallsstichprobe aus dem Gesamtwohngebäudebestand in Deutschland. Vielmehr sind im Vergleich zur Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation aus dem Jahr 2014 Gebäude mit drei bis sechs Wohnungen sowie größere Gebäude (13 und mehr Wohnungen) überrepräsentiert. Diesem Umstand wird mit einer Gewichtung des mittleren Energiebedarfs mit der jeweiligen Bedeutung der Gebäudeklassen in der Grundgesamtheit begegnet. Hierzu werden Daten der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation aus dem Jahr 2010 verwendet, die nach Raumordnungsregionen differenziert die Anteile bestimmter Größenklassen ausweisen.

Um eine räumliche und zeitliche Vergleichbarkeit sicherzustellen, wird der absolute Heizenergieverbrauch um lokale Temperaturveränderungen bereinigt. Hierfür werden Informationen des Deutschen Wetterdienstes verwendet. Die verfügbaren Gewichtungsfaktoren normalisieren den Verbrauch auf die klimatischen Bedingungen am Referenzstandort Potsdam.¹

Der jährliche Heizenergiebedarf wird in Bezug zur beheizten Wohnfläche eines Gebäudes ermittelt. Diese Berechnung erfolgt in mehreren Schritten: Zunächst werden die gebäudespezifischen Verbrauchswerte auf die zur Beheizung eingesetzten Energiemengen begrenzt (ohne Warmwasser). Anschließend müssen die Werte einer bestimmten Heizperiode zugeordnet werden, da die Verbrauchsermittlung nicht immer stichtagsgenau zum 31. Dezember eines Jahres erfolgt. Danach werden die so ermittelten Verbrauchswerte um die klimatischen Bedingungen der betreffenden Periode bereinigt und durch die beheizte Wohnfläche des

Gebäudes dividiert. Daraus ergibt sich die Maßeinheit Kilowattstunde je Quadratmeter beheizter Wohnfläche pro Jahr.

Um den regionalen Heizenergiebedarf zu ermitteln, werden die durchschnittlichen Verbrauchswerte auf Raumordnungsebene als gewichtetes arithmetisches Mittel für den gesamten Wohnungs- und Gebäudebestand einer Raumordnungsregion hochgerechnet. Als Gewichte werden die Anteile der Gebäude in jeder Größenklasse (zwei, drei bis sechs, sieben bis zwölf, 13 bis 20 und mehr als 20 Wohnungen) an der Gesamtzahl der regionalen Wohnungen verwendet.

Heizkostenabrechnungen werden zeitverzögert erstellt. Die Werte der Heizperiode 2024 werden auf Grundlage einer kleineren Stichprobe errechnet als die Werte für weiter zurückliegende Jahre. Für das Jahr 2024 liegen bislang Daten für knapp mehr als 60 Prozent der im Vorjahr verfügbaren Häuser vor. Die Ergebnisse für 2024 sind daher als vorläufig zu betrachten. Für die Heizverbräuche auf Bundesebene wurde eine Korrektur vorgenommen: Für die fehlenden Häuser wurde ein hypothetischer Wert für den Verbrauch 2024 berechnet, indem der Verbrauch im Jahr 2023 mit dem nationalen Trend zwischen 2023 und 2024 fortgeschrieben wurde. Es ist dennoch möglich, dass, wenn alle Daten für 2024 vorliegen, die finalen Zahlen von den aktuell verfügbaren Zahlen leicht abweichen.

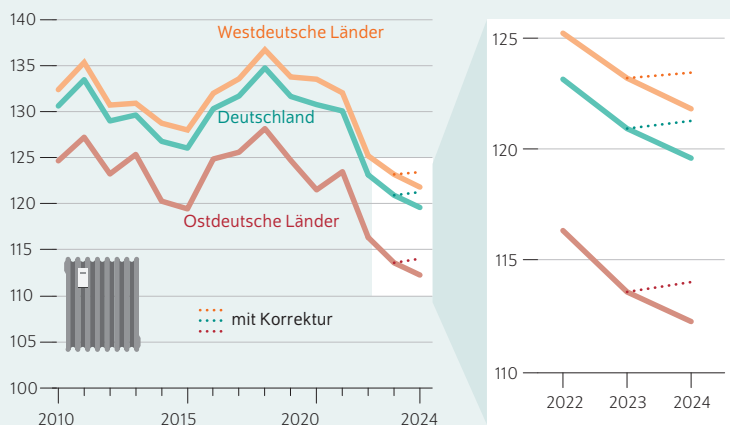
Für die Berechnung der Preis- und Bedarfsänderungen in den unterschiedlichen Regionen werden die Preise für eine Kilowattstunde Heizenergie und die temperaturbereinigten Heizenergiebedarfe pro Quadratmeter im Jahr 2024 mit denen aus dem Jahr 2023 verglichen. Die beobachteten Preise sind Mischpreise, setzen sich also aus Grund- und Arbeitspreis je Kilowattstunde zusammen. Regional unterscheiden sich die Energiepreise deutlich. Aus diesen Gründen werden ausschließlich die Energiepreise und -bedarfe der Gebäude miteinander verglichen, für die in beiden Jahren, 2023 und 2024, Daten vorliegen. Diejenigen Gebäude, die zwar im Datensatz des Jahres 2023 vorkommen, aber für die aktuell noch keine Daten vorliegen, werden in dieser Betrachtung ausgeklammert. Daher sind die in Abbildung 5 sowie die im Text genannten Änderungen von Preisen und Bedarfen pro Bundesland oder Region nicht direkt mit den Zahlen aus der Tabelle zu vergleichen, die auf allen für das jeweilige Jahr zur Verfügung stehenden Gebäuden basieren.

¹ In einer Studie aus dem Jahr 2022 wurde der Effekt unterschiedlicher Temperaturbereinigungsmethoden ermittelt. Die Studie zeigt, dass sich die Ergebnisse der temperaturkorrigierten Werte nicht groß unterscheiden. Vgl. Peter Mellwig et al. (2022): Klimaschutz im Gebäudebereich: Erklärungen für stagnierende CO₂-Emissionen trotz erfolgreicher Sanierungsmaßnahmen. Kurstudie im Auftrag von Agora Energiewende (online verfügbar).

Abbildung 1

Heizenergiebedarf in Zwei- und Mehrparteienhäusern

Jährlicher Heizenergiebedarf in Kilowattstunden je Quadratmeter beheizter Wohnfläche; temperaturbereinigt



Anmerkung: Die Werte für 2024 sind vorläufig. Die eingezeichnete Korrektur schätzt den richtigen Wert für den vollständigen Datensatz.

Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Haushalte in Deutschland haben im vergangenen Jahr ungefähr so viel geheizt wie im Vorjahr.

emittieren. Andernfalls wird der Gebäudesektor die zulässigen kumulierten Jahresemissionsmengen zwischen 2021 und 2030 wohl um rund 110 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente überschreiten.⁴

Der DIW-Wärmemonitor dokumentiert jährlich den Fortschritt der Emissionseinsparungen im Gebäudesektor und analysiert die Entwicklung des Heizenergiebedarfs, also des temperaturbereinigten Verbrauchs, der Heizenergiepreise und der Kosten für die Haushalte. Dazu werden Daten des Immobiliendienstleisters ista SE von knapp 300 000 Wohngebäuden in Deutschland ausgewertet.⁵ Für das Jahr 2024 konnten bisher die Abrechnungen von ungefähr 173 000 Gebäuden genutzt werden. Diese werden mit Informationen aus dem Mikrozensus gewichtet, um repräsentativ für Deutschland zu sein (Kasten 1). Der diesjährige Wärmemonitor beschäftigt sich vor allem mit der anhaltenden Wirkung der Energiepreiskrise auf das Heizverhalten der Haushalte und die Heizenergiepreise, insbesondere bei der Fernwärme.⁶

⁴ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2024): Das neue Klimaschutzgesetz – Jahresemissionsmengen nach Bereichen bis 2030 (online verfügbar).

⁵ ista SE ist neben dem Wettbewerber Techem eines der beiden größten Abrechnungsunternehmen für Heiz- und Warmwasserkosten. Gemeinsam haben sie einen Marktanteil von rund 50 Prozent.

⁶ In der Wärmewende wird vor allem auf Fernwärme und Wärmepumpen gesetzt; in den ausgewerteten Zwei- und Mehrparteienhäusern spielen Wärmepumpen jedoch keine Rolle.

Heizenergieeinsparungen blieben erhalten, Bedarf konstant

Der durchschnittliche temperaturbereinigte Heizenergieverbrauch (Heizenergiebedarf) in den bisher zur Auswertung vorliegenden Zwei- und Mehrparteienhäusern ist im Jahr 2024 um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken (Abbildung 1). Er lag bei 120 kWh je beheiztem Quadratmeter Wohnfläche. Es ist jedoch davon auszugehen, dass nach einer Korrektur der Daten um die noch fehlenden Gebäude, die in der Regel überdurchschnittlich hohe Verbräuche aufweisen, der temperaturbereinigte Bedarf um 0,3 Prozent zugenommen hat und bei rund 121 kWh liegen wird (Kasten 1). Selbst mit dieser Korrektur konnten Haushalte die erreichten Heizenergieeinsparungen von sieben Prozent gegenüber dem Vorkrisenjahr 2021 nahezu halten. Im Jahr vor der Energiepreiskrise lag der Wert noch bei 130 kWh.

Regional zeigt sich ein ähnliches Bild wie in den Vorjahren mit einem deutlich höheren Heizenergiebedarf im Westen als im Osten und Süden Deutschlands. Mit 103 kWh je Quadratmeter ist der Bedarf in Thüringen am geringsten, während er mit 138 kWh im Saarland am höchsten ist (Tabelle und Abbildung 2). Insgesamt war der Bedarf in den ostdeutschen Ländern mit 112 kWh je Quadratmeter durchschnittlich knapp zehn kWh geringer als in den westdeutschen Ländern (ohne Korrektur). Ein Grund dafür ist die höhere Sanierungsrate der Wohngebäude in Ostdeutschland in den 1990er Jahren, die auch für eine bessere Wärmedämmung gesorgt hat.⁷ Ein weiterer Grund könnte der höhere Anteil an Fernwärme sein, da diese einen niedrigeren Heizenergiebedarf hat.⁸

Auf Raumordnungsebene zeigt sich, dass Mittleres Mecklenburg/Rostock mit 90 kWh je Quadratmeter den niedrigsten Heizenergiebedarf aufweist, gefolgt von München mit 100 und dem Allgäu mit 101 kWh je Quadratmeter. Den höchsten Heizenergiebedarf hatten im vergangenen Jahr Schleswig-Holstein Süd-West mit 150 kWh je Quadratmeter, Ost-Friesland mit 144 kWh je Quadratmeter und die Region Saar mit 138 kWh je Quadratmeter.

CO₂-Emissionen leicht gesunken

Die Emissionen je Quadratmeter in den hier betrachteten Zwei- und Mehrparteienhäusern waren weiterhin leicht rückläufig (Abbildung 3, Kasten 2). So sanken die CO₂-Emissionen durch Heizen im Jahr 2024 um rund vier Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 18,8 Kilogramm pro Quadratmeter beheizter Wohnfläche. Temperaturbereinigt entsprach dies einer Minderung um 2,8 Prozent. Damit setzte sich der Trend von sinkenden Heizemissionen fort.

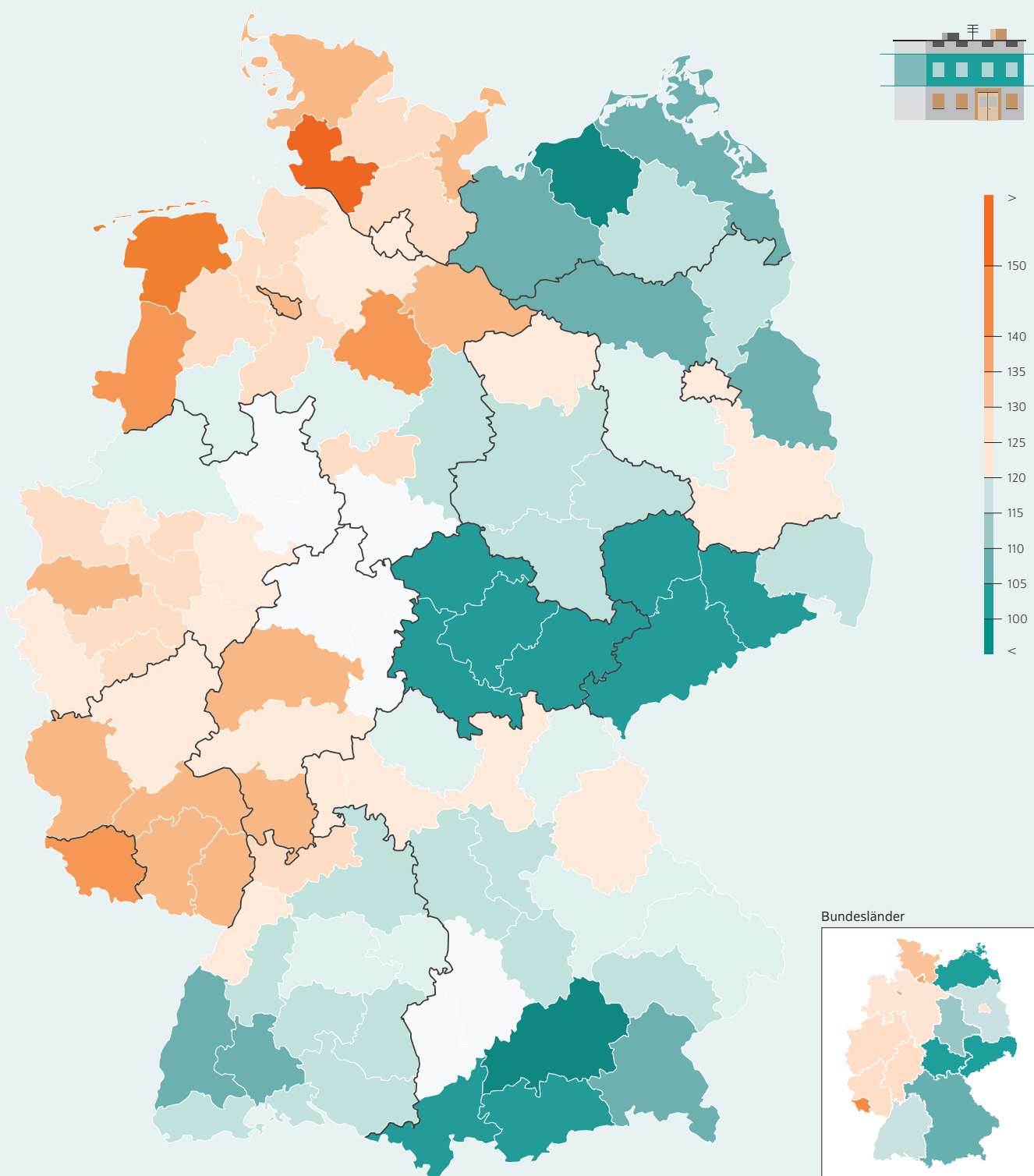
⁷ Vgl. Sophie M. Behr, Merve Küçük und Karsten Neuhoß (2023): Energetische Modernisierung von Gebäuden sollte durch Mindeststandards und verbindliche Sanierungsziele beschleunigt werden. DIW aktuell 87 (online verfügbar).

⁸ Mit Fernwärme beheizte Gebäude haben unter anderem einen geringeren Bedarf in kWh als Gas oder Heizöl, da bei Fernwärme Umwandlungsverluste in der Wärmeerzeugung vor der Lieferung und Verbrauchsmessung stattfinden.

Abbildung 2

Heizenergiebedarf in Zwei- und Mehrparteienhäusern 2024

In Kilowattstunden je Quadratmeter beheizter Wohnfläche, nach Raumordnungsregionen

Anmerkung: Auch als interaktive Grafik zu Heizenergiepreisen, -bedarf und -kosten online verfügbar unter https://www.diw.de/waermemonitor_2022-2024.

Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Wie schon in den Vorjahren wird im Osten und Süden Deutschlands weniger geheizt als im Westen.

Tabelle

Ergebnisse des Wärmemonitors 2024

Name der Raumordnungsregion	Nr.	Jährlicher Heizenergiebedarf (Kilowattstunden je Quadratmeter beheizter Wohnfläche), Mittelwert			Abgerechnete Heizenergiepreise (Eurocent je Kilowattstunde), Mittelwert			Jährliche Heizkosten (Euro je Quadratmeter beheizter Wohnfläche), Mittelwert		
		2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Schleswig-Holstein Mitte	101	124,14	126,32	128,14	11,07	13,64	14,22	12,40	16,74	17,46
Schleswig-Holstein Nord	102	129,45	128,63	133,41	10,25	11,84	14,41	12,16	15,15	18,68
Schleswig-Holstein Ost	103	132,75	130,98	134,17	9,71	11,52	12,18	11,48	14,10	14,84
Schleswig-Holstein Süd	104	127,53	125,43	127,21	10,05	11,89	12,47	11,36	14,43	14,30
Schleswig-Holstein Süd-West	105	153,21	157,79	150,13	8,09	9,82	11,67	12,62	15,38	18,36
Hamburg	201	126,85	124,29	123,59	11,48	11,71	12,32	12,20	13,43	13,85
Braunschweig	301	116,12	115,54	114,38	10,15	12,21	12,86	10,35	13,27	13,65
Bremen-Umland	302	135,64	130,99	127,49	7,94	11,06	10,83	9,93	14,00	13,41
Bremerhaven	303	130,58	130,86	128,48	8,60	10,86	10,82	10,47	13,79	13,51
Emsland	304	139,12	133,39	135,80	8,12	11,15	10,94	9,84	14,07	13,68
Göttingen	305	119,26	119,64	k. A.	7,85	10,96	k. A.	8,63	12,92	k. A.
Hamburg-Umland-Süd	306	130,91	128,71	123,69	8,48	10,53	10,70	10,63	13,54	13,14
Hannover	307	117,83	115,00	115,46	9,78	11,84	11,95	10,67	13,57	13,68
Hildesheim	308	125,48	120,60	125,56	8,93	11,33	11,27	10,34	13,50	13,45
Lüneburg	309	130,58	127,33	132,56	8,12	11,74	11,37	9,97	14,63	14,52
Oldenburg	310	129,45	128,09	126,39	9,15	10,51	10,80	10,41	12,72	13,06
Osnabrück	311	118,38	120,08	117,62	8,85	11,23	11,25	9,82	13,01	12,89
Ost-Friesland	312	144,46	141,05	144,22	8,33	11,45	11,39	10,32	14,97	15,46
Südheide	313	134,56	137,52	136,52	8,57	11,37	10,92	10,92	15,34	14,27
Bremen	401	132,12	129,91	130,31	9,10	10,80	11,90	10,31	13,29	14,50
Aachen	501	131,76	129,96	124,93	9,41	11,30	11,62	11,41	14,38	14,21
Arnsberg	502	121,16	118,32	120,32	8,71	11,38	11,14	9,73	13,23	12,94
Bielefeld	503	132,13	129,22	k. A.	8,25	11,08	k. A.	9,93	13,77	k. A.
Bochum/Hagen	504	131,64	129,55	127,85	9,47	11,59	12,41	11,08	14,42	15,06
Bonn	505	134,14	130,36	127,85	9,52	11,42	12,20	11,79	14,67	15,12
Dortmund	506	129,20	128,00	125,94	10,03	11,45	12,44	11,63	14,18	15,13
Duisburg/Essen	507	132,98	131,40	129,91	9,97	12,05	13,24	11,80	15,02	16,16
Düsseldorf	508	136,58	133,03	130,00	9,08	11,37	11,96	11,41	14,87	15,17
Emscher-Lippe	509	127,42	124,28	120,45	10,86	11,94	13,23	12,31	14,28	15,25
Köln	510	133,04	129,05	126,96	9,30	11,49	12,25	11,39	14,54	15,08
Münster	511	120,82	120,11	118,58	8,19	10,84	11,26	9,08	12,60	12,87
Paderborn	512	120,38	121,20	k. A.	8,30	10,69	k. A.	9,58	12,93	k. A.
Siegen	513	126,03	121,84	124,15	8,47	11,13	10,67	10,16	13,27	13,00
Mittelhessen	601	124,58	120,10	130,07	8,69	11,34	11,54	9,90	13,28	14,36
Nordhessen	602	122,20	117,84	k. A.	8,98	11,39	k. A.	10,26	13,17	k. A.
Osthessen	603	113,31	113,13	k. A.	8,00	11,25	k. A.	8,46	11,99	k. A.
Rhein-Main	604	127,49	124,50	122,78	8,80	11,26	11,54	10,14	13,64	13,59
Starkenburger	605	137,05	135,24	134,00	9,02	11,43	11,50	11,25	14,95	14,62
Mittelrhein-Westerwald	701	128,83	125,87	122,83	8,61	11,47	11,49	10,24	13,96	13,52
Rheinhausen-Nahe	702	135,38	131,42	132,92	8,94	11,41	11,42	11,31	14,90	14,82
Rheinpfalz	703	136,62	133,91	133,01	8,92	11,34	11,86	10,92	14,57	15,05
Trier	704	139,52	134,44	130,33	8,74	11,30	10,89	11,62	14,84	13,61
Westpfalz	705	142,16	136,41	132,16	8,13	11,54	10,85	10,46	15,20	13,75
Bodensee-Oberschwaben	801	114,49	119,71	112,40	7,72	10,55	10,69	8,59	11,99	12,04
Donau-Iller (BW)	802	117,40	115,60	110,65	8,63	11,31	11,23	9,77	13,27	12,28
Franken	803	119,99	117,79	113,59	8,59	11,60	10,87	10,09	13,97	12,63
Hochrhein-Bodensee	804	121,24	117,50	114,98	8,23	10,61	11,13	9,38	12,34	12,49
Mittlerer Oberrhein	805	124,06	124,61	121,13	8,91	11,35	11,71	10,31	13,76	13,41
Neckar-Alb	806	122,12	119,19	114,96	8,84	12,14	12,14	9,42	13,42	12,46
Nordschwarzwald	807	116,16	115,96	112,92	8,60	11,43	10,94	9,80	13,18	12,41
Ostwürttemberg	808	126,36	125,25	115,57	8,27	11,06	11,64	9,99	13,63	13,64
Schwarzwald-Baar-Heuberg	809	112,48	110,92	107,89	8,31	10,96	10,53	9,11	12,36	11,03
Stuttgart	810	121,76	120,24	118,29	9,08	11,48	11,85	10,22	13,46	13,45
Südlicher Oberrhein	811	114,29	113,46	109,07	8,31	10,77	10,79	9,36	12,35	11,80
Unterer Neckar	812	125,54	126,15	125,35	10,01	12,19	12,68	11,54	15,01	15,28
Allgäu	901	101,13	105,48	100,71	8,54	10,63	10,16	8,30	10,75	9,66
Augsburg	902	117,38	118,34	k. A.	9,10	10,76	k. A.	10,02	12,35	k. A.
Bayerischer Untermain	903	131,68	125,77	121,08	8,27	11,15	10,95	10,30	13,77	13,14
Donau-Iller (BY)	904	121,00	115,39	k. A.	8,54	11,18	k. A.	10,01	13,06	k. A.

WÄRMEMONITOR

Name der Raumordnungsregion	Nr.	Jährlicher Heizenergiebedarf (Kilowattstunden je Quadratmeter beheizter Wohnfläche), Mittelwert			Abgerechnete Heizenergiepreise (Eurocent je Kilowattstunde), Mittelwert			Jährliche Heizkosten (Euro je Quadratmeter beheizter Wohnfläche), Mittelwert		
		2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Donau-Wald	905	114,58	117,97	115,52	8,31	11,26	10,51	9,28	12,93	11,92
Industrieregion Mittelfranken	906	119,74	115,73	114,56	8,88	11,56	11,91	9,60	12,90	12,89
Ingolstadt	907	115,34	113,35	112,13	8,67	11,10	10,74	9,31	12,28	11,87
Landshut	908	112,85	112,19	112,15	8,10	11,00	10,70	8,90	12,36	11,84
Main-Rhön	909	118,63	119,21	117,68	8,08	11,05	11,25	9,01	12,61	12,51
München	910	103,50	101,44	99,76	10,43	11,57	11,91	9,98	11,73	11,61
Oberfranken-Ost	911	119,51	116,28	117,20	8,30	11,32	10,26	9,23	12,72	11,58
Oberfranken-West	912	123,05	121,40	122,37	8,27	11,02	10,59	9,73	12,89	12,04
Oberland	913	108,15	107,11	101,95	8,63	11,17	10,77	9,12	11,81	11,10
Oberpfalz-Nord	914	119,46	117,52	120,74	8,87	10,97	10,60	10,48	12,95	12,24
Regensburg	915	116,26	114,69	116,75	8,43	11,03	10,63	9,46	12,34	12,17
Südostoberbayern	916	110,32	110,51	106,95	8,48	11,16	10,77	9,06	12,22	11,18
Westmittelfranken	917	122,10	120,53	113,52	8,54	11,61	11,22	10,17	13,78	12,50
Würzburg	918	121,28	120,37	122,07	8,37	10,77	11,58	9,49	12,49	13,48
Saar	1001	140,68	137,87	137,75	10,19	12,10	12,09	12,95	15,83	15,91
Berlin	1101	127,67	125,97	124,23	11,40	12,42	13,49	12,32	14,42	15,15
Havelland-Fläming	1201	114,56	113,79	118,60	10,76	12,64	15,46	10,08	13,00	15,62
Lausitz-Spreewald	1202	122,07	120,36	122,34	10,63	12,07	14,63	10,00	12,13	14,10
Oderland-Spree	1203	118,23	113,79	109,07	11,14	12,26	15,27	10,16	12,61	14,56
Prignitz-Oberhavel	1204	119,74	118,52	109,85	12,71	14,44	15,77	11,55	13,93	15,00
Uckermark-Barnim	1205	118,33	118,66	114,72	11,75	11,18	17,59	9,38	9,92	14,64
Mecklenburgische Seenplatte	1301	110,53	109,98	111,53	10,80	11,90	15,44	8,89	10,71	13,84
Mittleres Mecklenburg/Rostock	1302	90,68	89,18	90,49	11,02	13,09	16,55	7,87	10,42	13,24
Vorpommern	1303	107,42	103,24	107,62	13,25	13,68	15,72	10,52	12,61	14,24
Westmecklenburg	1304	109,13	108,83	108,10	11,15	12,38	14,23	9,24	11,16	12,90
Oberes Elbtal/Osterzgebirge	1401	110,11	105,38	104,35	13,18	13,09	15,77	10,52	11,55	13,58
Oberlausitz-Niederschlesien	1402	115,11	112,61	112,17	9,88	11,60	13,25	8,80	11,26	12,39
Südsachsen	1403	112,15	105,90	104,22	9,89	11,01	12,89	8,71	10,38	11,52
Westsachsen	1404	107,32	103,38	101,32	10,28	12,33	15,45	8,42	10,99	13,05
Altmark	1501	121,67	121,78	122,41	11,20	10,86	10,90	11,88	11,82	11,66
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	1502	127,16	119,71	114,23	11,40	12,89	14,05	10,57	13,04	14,09
Halle/Saale	1503	117,10	115,91	114,99	10,00	11,69	13,53	9,82	12,27	13,71
Magdeburg	1504	118,41	115,25	113,38	12,38	12,58	14,01	10,92	12,20	13,10
Mittelthüringen	1601	103,85	105,81	104,13	14,35	12,34	13,78	10,45	10,99	11,75
Nordthüringen	1602	111,84	109,26	101,30	9,71	11,22	15,23	9,28	11,51	14,76
Ostthüringen	1603	104,85	101,56	102,51	9,40	11,05	13,16	8,06	10,09	11,52
Südthüringen	1604	115,31	108,44	102,66	8,82	11,44	13,63	8,28	11,19	12,22
Schleswig-Holstein	1	129,56	129,38	131,25	10,18	12,17	13,16	11,89	15,20	16,24
Freie und Hansestadt Hamburg	2	126,85	124,29	123,59	11,48	11,71	12,32	12,20	13,43	13,85
Niedersachsen	3	124,29	122,48	122,60	9,06	11,46	11,63	10,22	13,60	13,67
Freie Hansestadt Bremen	4	132,12	129,91	130,31	9,10	10,80	11,90	10,31	13,29	14,50
Nordrhein-Westfalen	5	131,30	128,72	126,63	9,33	11,46	12,26	11,14	14,33	14,95
Hessen	6	127,27	124,22	126,31	8,80	11,31	11,53	10,22	13,66	13,93
Rheinland-Pfalz	7	135,24	131,46	129,64	8,70	11,42	11,40	10,82	14,59	14,21
Baden-Württemberg	8	120,53	119,68	116,40	8,82	11,37	11,54	10,02	13,39	13,07
Freistaat Bayern	9	113,43	111,97	109,96	9,06	11,25	11,12	9,63	12,35	12,16
Saarland	10	140,68	137,87	137,75	10,19	12,10	12,09	12,95	15,83	15,91
Berlin	11	127,67	125,97	124,23	11,40	12,42	13,49	12,32	14,42	15,15
Brandenburg	12	118,35	116,78	116,35	11,18	12,51	15,50	10,20	12,48	14,84
Mecklenburg-Vorpommern	13	103,83	102,04	103,74	11,65	12,86	15,51	9,17	11,29	13,55
Freistaat Sachsen	14	110,81	105,97	104,51	10,85	11,94	14,30	9,12	10,94	12,53
Sachsen-Anhalt	15	119,68	116,73	114,78	11,29	12,19	13,61	10,55	12,34	13,37
Freistaat Thüringen	16	107,58	105,37	102,88	10,91	11,56	13,75	9,04	10,80	12,19
Ostdeutsche Länder	18	116,33	113,58	112,27	11,17	12,21	14,18	10,29	12,25	13,67
Westdeutsche Länder	19	125,15	123,13	121,78	9,20	11,43	11,77	10,55	13,68	13,86
Deutschland	17	123,10	120,91	119,57	9,66	11,61	12,33	10,49	13,35	13,82

Anmerkung: Heizenergiebedarf und Heizkosten temperaturbereinigt; abgerechnete Heizenergiepreise als gewichtetes Mittel aus Erdgas-, Heizöl- und Fernwärmepreisen.

Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

Kasten 2

Berechnung der CO₂-Emissionen

Für die Berechnung der CO₂-Emissionen der Gebäude wird der Heizenergieverbrauch pro Quadratmeter mit energieträgerspezifischen Emissionsfaktoren multipliziert (Tabelle). Um eine regionale Vergleichbarkeit mit den Emissionen im Gebäudesektor für ganz Deutschland zu gewährleisten, werden nur die direkten CO₂-Emissionen des Energieverbrauchs ausgewiesen. Vorgelagerte Emissionen, die bei der Gewinnung, dem Transport und der Umwandlung der Energieträger entstehen (zum Beispiel bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme), werden nicht berücksichtigt. Die jährlichen CO₂-Emissionen pro Quadratmeter je Liegenschaft werden mit dem jeweiligen Anteil der Gebäudeklasse in der Grundgesamtheit gewichtet, um repräsentative durchschnittliche jährliche CO₂-Emissionen pro Quadratmeter zu ermitteln. Die Gewichtung erfolgt ähnlich wie bei der Berechnung des Heizenergiebedarfs (Kasten 1); die verschiedenen Größenklassen der Gebäude fließen gemäß ihren Anteilen im Mikrozensus als Gewichte in den Durchschnitt ein.

Tabelle

Heizenergieverbrauch pro Quadratmeter nach Energieträger
 Energieträgerspezifischer CO₂-Emissionsfaktor

Energieträger	CO ₂ -Emissionsfaktor
Erdgas H	0,201
Erdgas L	0,201
Öl	0,266
Schweres Öl	0,293
Braunkohle	0,359
Koks	0,389
Steinkohle	0,345
Flüssiggas	0,236
Fernwärme	0
Strom	0
Pellets	0
Holz lufttrocken	0
Holzhack-schnitzel	0

Quelle: Umweltbundesamt 2014.

© DIW Berlin 2025

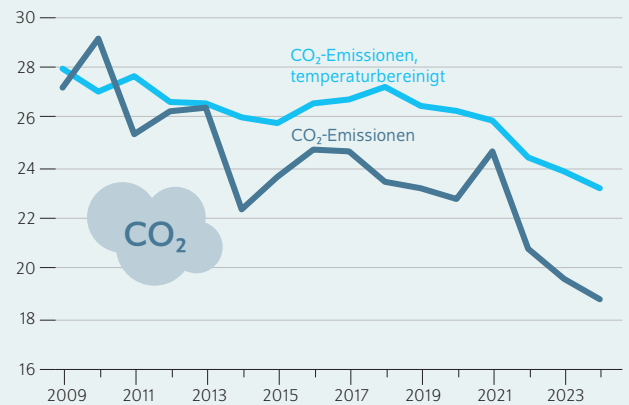
Preisänderungen variierten stark nach Region und Energieträger

Die Heizenergiepreise lagen im Jahr 2024 im Durchschnitt bei 12,33 Cent je kWh (Mischpreis aus Grund- und Arbeitspreis, Kasten 1). Insgesamt lagen die durchschnittlichen Preise in den ostdeutschen Ländern mit 14,18 Cent je kWh deutlich über denen in westdeutschen Ländern, wo der durchschnittliche Preis je kWh 11,77 Cent betrug. Die Preise waren im Allgäu (10,16 Cent), in Oberfranken-Ost (10,26 Cent) und in Donau-Wald am geringsten (10,51 Cent). Am höchsten waren die Preise im Mittleren Mecklenburg/

Abbildung 3

Entwicklung der Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) im Wohngebäudesektor

In Kilogramm je Quadratmeter beheizter Wohnfläche



Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die CO₂-Emissionen sinken stetig, wenn auch zu langsam, um die Klimaziele zu erreichen.

Rostock (16,55 Cent), in Prignitz-Oberhavel und im Oberen Elbtal/Osterzgebirge (je 15,77 Cent). Im Zeitraum von 2010 bis 2022 lag das Preisniveau in den ostdeutschen Ländern meist rund 20 Prozent über dem westdeutschen Niveau. Im Jahr 2023 gab es dann eine Annäherung der Preise, im Jahr 2024 ist der Abstand wieder auf das alte Niveau gestiegen.

Nach den extremen Preissteigerungen der beiden Vorjahre stiegen die Preise 2024 gegenüber 2023 mit durchschnittlich 6,2 Prozent zwar weiterhin, der Anstieg verlangsamte sich im bundesdeutschen Durchschnitt jedoch trotz Auslaufen der Preisbremsen deutlich (Abbildung 4). Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2021 liegen die Preise inzwischen durchschnittlich 76,5 Prozent höher.

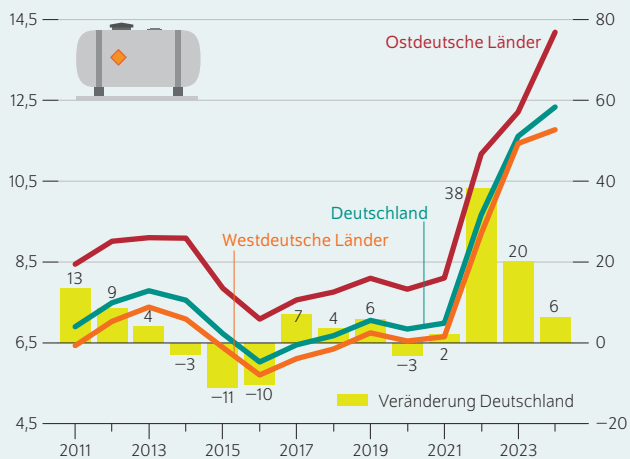
Auch wenn sich im Schnitt eine Verlangsamung des Preisanstiegs abzeichnet, gab es regional extreme Unterschiede. In manchen ostdeutschen Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg erhöhten sich die Preise im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr deutlich um rund 20 Prozent. Am stärksten fielen die Preise mit 1,7 Prozent in Bayern, was unter anderem an dem hohen Anteil an Ölheizungen liegen könnte. Im Saarland gingen sie um 0,7 Prozent und in Rheinland-Pfalz um 0,4 Prozent zurück (Abbildung 5). Während die Preissteigerungen in den Vorjahren zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern parallel verliefen, geht der Trend nun auseinander.

Dass die Preise in den ostdeutschen Ländern im Jahr 2024 so viel stärker stiegen als in den westdeutschen, liegt vermutlich auch daran, dass der Fernwärmeanteil in Ostdeutschland deutlich höher und der Heizölanteil wesentlich niedriger ist als in Westdeutschland. Während der Ölpreis 2024

Abbildung 4

Abgerechnete Heizenergiepreise

Gewichteter Mittelwert aus Gas-, Heizöl- und Fernwärmepreisen in Cent je Kilowattstunde (Linien, linke Achse), Veränderung in Prozent (Säulen, rechte Achse)



Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Nachdem sich die Preise in Ost- und Westdeutschland 2023 noch angehört hatten, entwickelten sie sich 2024 auseinander.

gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Prozent fiel, stieg der Gaspreis um moderate 5,4 Prozent und der Preis für Fernwärme um 27,4 Prozent (Abbildung 6). Das Auslaufen der Gas- und Wärmepreisbremsen Ende 2023 ist einer der Gründe dafür, dass die Preise für Gas und Fernwärme im Gegensatz zu Öl gestiegen sind. Die unterschiedlichen Preisanstiege von Gas und Fernwärme erklären sich unter anderem dadurch, dass die Differenz zwischen dem Arbeitspreis im Jahr 2023 und der Höhe der Preisbremse bei Fernwärme sehr viel größer war als beim Gas. Nach Auslaufen der Preisbremsen sind die Preise für Fernwärme dementsprechend viel stärker gestiegen. Zudem werden Preiserhöhungen im Energie-Großhandel bei Fernwärme mit größerer Verzögerung an Haushalte weitergegeben als bei Gas. Legt man das Preisniveau von 2021 zugrunde, zeigt sich, dass sich die Fernwärme seit der Energiekrise weniger verteuert hat als die anderen Energieträger: Während die Heizenergiepreise im Durchschnitt um 77 Prozent stiegen, legte der Preis für Fernwärme nur um 67 Prozent zu.

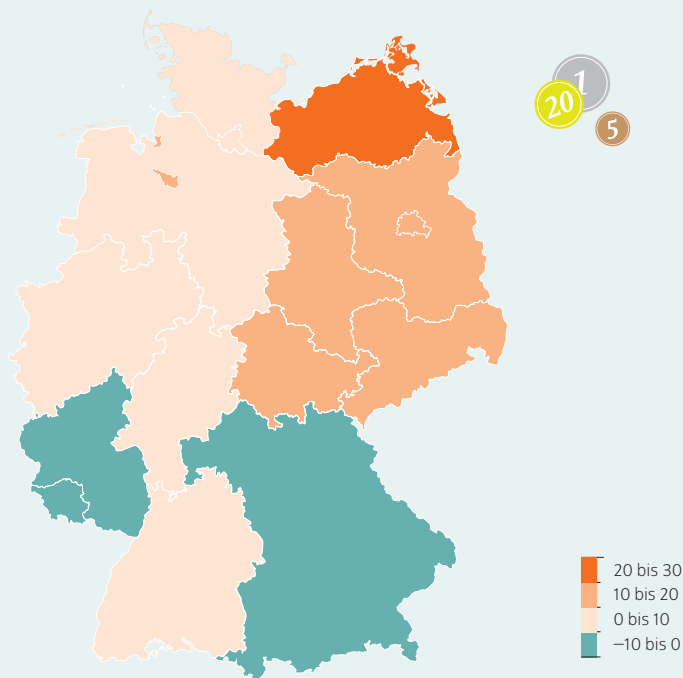
Heizkosten stiegen um 3,5 Prozent

Die Preise je kWh sind allein nicht aussagekräftig für die Heizkosten der Haushalte, da sich auch die Bedarfe der Energieträger stark unterscheiden. So lag der Heizenergiebedarf bei Fernwärme 2024 bei 100 kWh je Quadratmeter, während er bei Gas (121 kWh) und Heizöl (127 kWh) um mehr als 20 Prozent höher lag (Abbildung 7). Zudem ist der Fernwärmebedarf 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Prozent gesunken; bei den anderen Energieträgern blieb er nahezu unverändert.

Abbildung 5

Änderung Heizenergiepreise in Zwei- und Mehrparteienhäusern 2024 gegenüber 2023

In Prozent



Anmerkung: Um die Änderungen zu berechnen, werden nur Gebäude zugrunde gelegt, die sowohl 2023 als auch zum Zeitpunkt der Berechnung 2024 beobachtet werden konnten, und mithilfe des Mikrozensus gewichtet. Aus diesem Grund ist diese Abbildung nicht mit den Werten in der Tabelle vergleichbar. Abgerechnete Heizenergiepreise als gewichtetes Mittel aus Erdgas-, Heizöl- und Fernwärmepreisen.

Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

In einigen ostdeutschen Ländern haben sich die Preise wegen des hohen Fernwärmeanteils 2024 stark erhöht.

Bezieht man diese beiden Faktoren mit ein, zahlten Fernwärmekund*innen 2024 durchschnittlich 15,64 Euro je Quadratmeter, während Gas- und Heizölkunden jeweils 13,26 und 13,51 Euro je Quadratmeter zahlten (Abbildung 8). Insgesamt gaben Haushalte in Deutschland pro Jahr durchschnittlich 13,82 Euro je Quadratmeter fürs Heizen aus. Damit stiegen die Kosten für die Haushalte seit dem Vorjahr um durchschnittlich 3,5 Prozent.

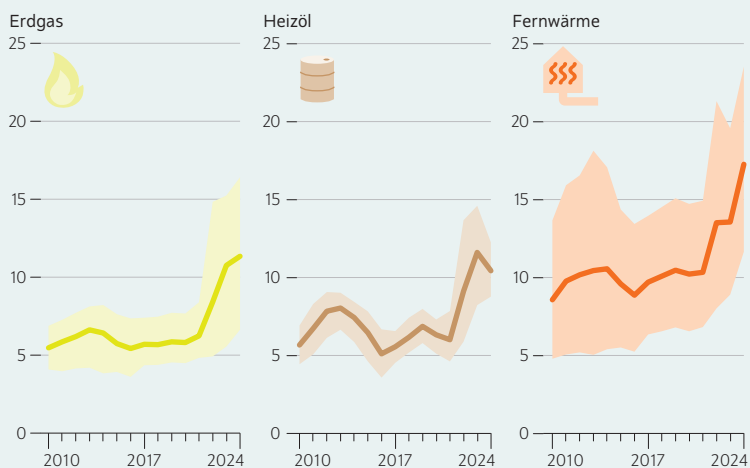
Fernwärme unterliegt anderen Preisgestaltungsfaktoren als andere Energieträger

Bis Mitte der 2010er Jahre lagen die Fernwärmekosten pro Quadratmeter in den betrachteten Gebäuden rund zehn Prozent über den Heizkosten von Gebäuden, die mit Gas beheizt werden. In den Jahren vor der Energiepreiskrise stieg dieser Unterschied auf rund 20 Prozent an. Im Jahr 2023 waren – auch wegen der Ausgestaltung der Gas- und Wärmepreisbremsen – die Fernwärmekosten erstmalig geringer als die Kosten in mit Gas beheizten Gebäuden. 2024 lagen die Fernwärmekosten dann wieder 18 Prozent über Gas.

Abbildung 6

Heizenergiepreise in Zwei- und Mehrparteienhäusern nach Heizenergieträger

In Euro je Kilowattstunde



Anmerkung: Die schattierten Flächen markieren das Konfidenzintervall auf dem 95-Prozent-Niveau. Das heißt, dass in 95 Prozent der Fälle der Preis innerhalb dieser Fläche lag.

Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Insbesondere die Preise für Fernwärme sind im vergangenen Jahr deutlich gestiegen, nachdem sie im Vorjahr konstant blieben.

Verschiedene Faktoren können zu den beobachteten Unterschieden bei Heizkosten beitragen. Erstens wird bei Fernwärme die gelieferte Wärme abgerechnet, sodass sich die Kosten der Umwandlungsverluste in der Wärmeerzeugung in einem höheren Preis je Kilowattstunde widerspiegeln. Bei Gas und Heizöl entstehen die Umwandlungsverluste nach dem Energiebezug, was zu einem höheren Bedarf je Quadratmeter, aber zu geringeren Preisen je Kilowattstunde beiträgt.

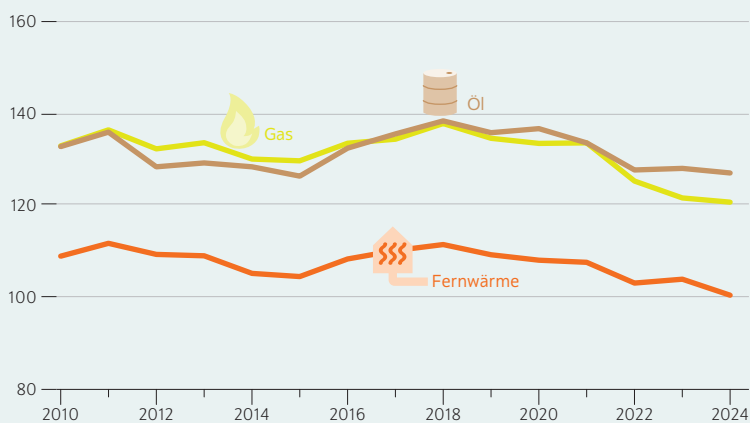
Zweitens entstehen bei der Erzeugung von Fernwärme Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten, die im Fernwärmepreis abgebildet sind. Bei der Erzeugung von Wärme vor Ort mit Gas oder Heizöl fallen hingegen Kosten für Anschaffung und Wartung wie Schornsteinfeger*in an. Diese sind jedoch nicht in den entsprechenden Preisen für Gas- oder Öleinkauf abgebildet, sondern werden getrennt in den Nebenkosten abgerechnet.

Drittens besteht auch die Möglichkeit, dass manche Fernwärmeanbieter Preise oberhalb ihrer Gestehungskosten anlegen.⁹ Zudem haben wohl manche Anbieter aufgrund struktureller Faktoren tatsächlich höhere Gestehungskosten als andere Heizenergieträger. So wird Fernwärme teurer, wenn die Netze nicht effizient genutzt werden. Beispielsweise sind in Regionen, in denen die Bevölkerung zurückgegangen ist, die Netze inzwischen überdimensioniert.¹⁰ Zudem haben sie eine sehr hohe Vorlauftemperatur, weil über das Netz historisch auch Industrie mit Wärme beliefert wurde.

Abbildung 7

Heizenergiebedarf in Zwei- und Mehrparteienhäusern nach Heizenergieträger

In Kilowattstunden je Quadratmeter beheizter Wohnfläche jährlich; temperaturbereinigt



ista SE; eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2025

Der Heizenergiebedarf ist bei Fernwärme weitaus niedriger als bei Erdgas und Heizöl.

Investitionskosten in Erzeugungsanlagen und Netze werden im Allgemeinen über die Abschreibungsperiode an Fernwärmekunden weitergegeben, was zu höheren Kosten gegenüber Gas führen kann. Bei Gas werden lediglich Investitionen in die Netze auf die Kund*innen umgelegt. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren erste Dekarbonisierungsinvestitionen als Teil der Grundkosten auf Verbraucher*innen umgelegt wurden.¹¹ Auf Grundlage der vorliegenden Daten kann jedoch nicht genau quantifiziert werden, wie groß der Einfluss der jeweiligen Faktoren auf den beobachteten Unterschied in den Heizkosten zwischen Fernwärme, Gas und Heizöl ist.

Der Großteil der Preisänderungen auf dem Fernwärmemarkt ist durch Preisanpassungen über Preisänderungsklauseln von bestehenden Verträgen getrieben (Kasten 3). Für das in den Preisänderungsklauseln enthaltene Marktelement wird oft der Wärmepreisindex genutzt, in den vor allem der Gaspreis einfließt. Da der Wärmepreisindex aktuelle Marktentwicklungen nur mit Verzug widerspiegelt, hinken die Fernwärmepreise den Marktbewegungen der Spotmärkte für Heizöl und Erdgas hinterher. Zudem verwenden manche

⁹ Die Monopolkommission hat 2024 den Fernwärmemarkt untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass der Systemwettbewerb nur schwach ausgeprägt ist und im Zuge der Wärmewende wahrscheinlich weiter sinken wird, was die Marktposition der Fernwärmeunternehmen stärkt, vgl. Monopolkommission (2024): Wettbewerb 2024. XXV. Hauptgutachten (online verfügbar).

¹⁰ Das gleiche Problem entsteht in geringerem Umfang in Zukunft auch für die Gasnetze, vgl. Isabell Braunger et al. (2024): Wärmewende: Bundesregierung sollte Kommunen bei der Stilllegung der Erdgasnetze unterstützen. DIW Wochenbericht Nr. 13/14, 215–222 (online verfügbar).

¹¹ Agora Energiewende, Prognos, GEF (2024), a. a. O.

Kasten 3

Strukturen und Preise der Fernwärme und ihre Rolle in der Wärmewende

Fernwärme ist eine Art der Wärme- und Warmwasserversorgung, bei der Wasser zentral aufgeheizt und über ein Rohrsystem zu Wohn- und Industriegebäuden transportiert wird. In Deutschland gibt es rund 3 800 Fernwärmenetze.¹ Erzeugung, Infrastruktur und Vertrieb der Fernwärme sind dabei in einem Unternehmen vereint. Die Fernwärmeunternehmen mit einer thermischen Leistung von mehr als 25 Megawatt befinden sich überwiegend in öffentlicher Hand und sind als Teil der Stadtwerke Eigentum der Kommunen.² Fernwärme kann beispielsweise durch Heizkraftwerke oder Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, also der Abwärme der Stromproduktion, erzeugt werden. Aktuell werden Wärmenetze zu 80 Prozent mit fossilen Brennstoffen wie Kohle oder Erdgas betrieben, aber auch Biomasse, Geothermie oder Abfall kommen zum Einsatz.³

Fernwärme spielt für die Wärmewende, also die Transformation zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung, und dementsprechend auch im Wärmeplanungsgesetz (WPG, 2023) eine zentrale Rolle. Ein Gutachten von Prognos im Auftrag des Energieeffizienzverbands AGFW schätzt, dass sich die Anzahl der an Fernwärme angeschlossenen Wohngebäude bis 2045 auf 3,6 Millionen verdreifachen wird.⁴ Eine Verdreifachung der Anschlüsse wird auch als Ziel des Bundeswirtschaftsministeriums genannt.⁵ Besonders in Städten und Ballungsräumen, die dicht besiedelt sind und einen hohen Wärmebedarf haben, soll die Fernwärme ausgebaut werden.⁶ Gleichzeitig müssen die Fernwärmenetze selbst dekarbonisiert werden, indem die fossilen Wärmeerzeuger durch eine Kombination klimaneutraler Technologien wie Solar- oder Geothermie-Anlagen, Großwärmepumpen oder andere nicht-fossile Wärmequellen wie Abwärme aus Industrie und Rechenzentren ersetzt werden.⁷

Preisgestaltung

Fernwärmeanbieter haben durch die netzgebundene Wärmebereitstellung und die vertikale Integration von Erzeugung, Netzbetrieb und Vertrieb eine lokale Monopolstellung.⁸ Allerdings kann insbesondere bei Neubau oder bei der Erneuerung des Heizsystems ein gewisses Maß an Wettbewerb zwischen Fernwärme und anderen Energieträgern bestehen (Systemwettbewerb). Zu

diesem Zeitpunkt können Gebäudeeigentümer*innen zwischen Fernwärme und anderen Energieträgern wählen. Allerdings existieren in manchen Regionen Anschlussverpflichtungen an das Fernwärmenetz, die den Systemwettbewerb einschränken. Da Fernwärmeverträge im Allgemeinen sehr lange Laufzeiten von bis zu zehn Jahren haben und bei einem bestehenden Fernwärmearschluss hohe Kosten für einen Energieträgerwechsel entstehen, ist der Wettbewerb nach der Systemwahl deutlich reduziert.⁹ Zudem sind 81 Prozent der Haushalte, die mit Fernwärme versorgt werden, Mieter*innenhaushalte.¹⁰ In den meisten Fällen treffen also die Vermieter*innen die Entscheidung und nicht die Mieter*innen, die die Heizkosten tragen.

Die Fernwärmeverordnung (AVBFernwärmeV) legt fest, wie Preise angepasst werden dürfen. Fernwärmepreise setzen sich aus einem Grund- und einem Arbeitspreis zusammen. Der Grundpreis hängt von der Anschlussleistung ab und legt die Investitionskosten und Fixkosten wie Instandhaltungs- und Betriebskosten auf die Kund*innen um. Er kann auch über eine Grundpreisänderungsklausel angepasst werden, die einen Lohn- sowie einen Investitionsgüterindex beinhalten kann.¹¹ Da Fernwärmeanbieter höhere Fixkosten haben als Gasversorger, macht der Grundpreis mit durchschnittlich 25 Prozent einen wesentlich höheren Anteil des Fernwärmepreises aus als bei Gas.¹²

Der Arbeitspreis wird über Preisänderungsklauseln angepasst. Gemäß der AVBFernwärmeV § 24 Abs. 4 müssen Preisänderungsklauseln ein Marktelement enthalten, das die allgemeinen Entwicklungen auf dem Wärmemarkt (die Preise alternativer Technologien wie Wärmepumpenstrom oder die Preisentwicklung bei anderen Fernwärmeunternehmen) widerspiegeln soll. Zudem müssen sie ein Kostenelement enthalten, das die Erzeugungskosten des Fernwärmelerzeugers beim Energieträgerbezug und bei der Wärmeerzeugung abbildet.

¹ Vgl. die Website des AGFW, Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.: Fakten und Antworten zu Fernwärme (online verfügbar, abgerufen am 22. Oktober 2025).

² Sara Ortner, Martin Pehnt und Susanne Ochse (2022): Drittzugang bei Wärmenetzen. Climate Change Nr. 32 (online verfügbar).

³ WWF Deutschland (2024): Heißes Rennen: Das große Bundesländer-Ranking zur Fernwärme (online verfügbar).

⁴ Prognos (2024): Perspektive der Fernwärme. Aktualisierung des Gutachtens „Perspektive der Fernwärme – Aus- und Umbau städtischer Fernwärme als Beitrag einer sozial-ökologischen Wärmepolitik“ aus dem Jahr 2020 im Auftrag von AGFW und VKU (online verfügbar).

⁵ Bundeswirtschaftsministerium (2023): Mehr Tempo bei der Transformation der Wärmeversorgung. Wärmenetze klimaneutral um- und ausbauen (online verfügbar).

⁶ Agora Energiewende, Prognos, GEF (2024): Wärmenetze – klimaneutral, wirtschaftlich und bezahlbar. Wie kann ein zukunftsicherer Business Case aussehen? (online verfügbar).

⁷ WWF Deutschland (2024), a. a. O.

⁸ Lokal gibt es immer nur einen Fernwärmeanbieter, der das Gebäude versorgen kann.

⁹ Monopolkommission (2024), a. a. O.

¹⁰ Zensus Datenbank (2022): Haushalte: Art der Wohnungsnutzung – Energieträger der Heizung. Code 5000H-2021 (online verfügbar).

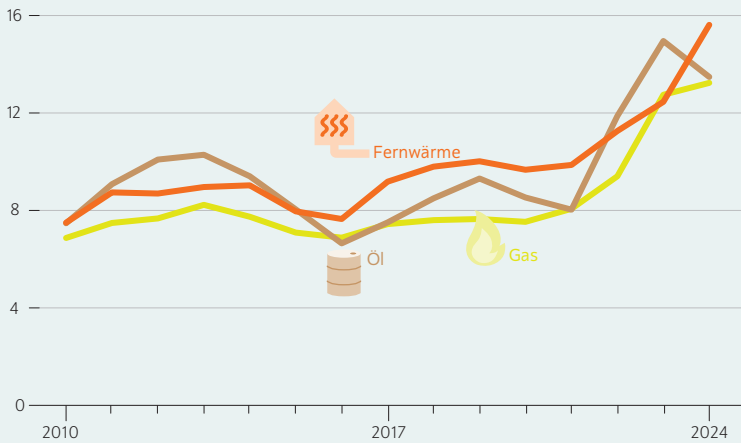
¹¹ AGFW (2022): BGH entscheidet erneut zu Fernwärme-Preisgleitklausel und bestätigt Branchenpraxis (online verfügbar) sowie exemplarisch: Wärmeversorgung Schenefeld (2017): Erläuterungen zur Preisgleitklausel (online verfügbar).

¹² Verbraucherzentrale (2025): Fernwärme: Kosten sparen und gleichzeitig das Klima schonen (online verfügbar).

Abbildung 8

Heizenergiekosten in Zwei- und Mehrparteienhäusern nach Heizenergieträger

In Euro je Quadratmeter beheizter Wohnfläche



Quelle: ista SE; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Nach dem Auslaufen der Preisbremsen haben sich die Heizkosten bei Heizöl und Gas wieder angenähert.

Fernwärmeanbieter für das Kostenelement der Preisänderungsklausel die Brennstoffindizes des Vorjahres, was ebenfalls dazu führt, dass Fernwärmepreise verzögert auf Spotmarktbewegungen reagieren.¹²

Akteure fordern mehr Transparenz und Wettbewerb

Die Fernwärme spielt bei der Wärmewende eine wichtige Rolle. Sollten die starken Preisunterschiede im Vergleich zu anderen Energieträgern auch nach den aktuellen – durch die Energiepreiskrise bedingten – Preisbewegungen weiterbestehen, könnte die Akzeptanz von Fernwärme untergraben werden. Daher fordern viele Akteure mehr Transparenz und eine Novellierung der Fernwärmeverordnung (AVBFernwärmeV). Der Verbraucherzentrale Bundesverband¹³ und die Monopolkommission legen bei ihren Reformvorschlägen den Fokus auf den Systemwettbewerb zwischen verschiedenen Energieträgern. Im 10. Sektorgutachten für Fernwärme empfiehlt die Monopolkommission unter anderem, dass Fernwärmeanbieter verpflichtet werden sollen, auf der bestehenden Transparenzplattform ihre Tarife und andere Informationen offenzulegen. Außerdem schlägt sie einen Grundversorgungstarif mit Preisobergrenze vor, um eine effektive und wenig aufwendige Preisbegrenzung zu ermöglichen.¹⁴

¹² Verbraucherzentrale Bundesverband (2024): Bezahlbarkeit von Fernwärme langfristig sichern (online verfügbar).

¹³ Verbraucherzentrale Bundesverband (2025): Wärmenetze wettbewerbsfähig fördern (online verfügbar).

¹⁴ Vgl. Monopolkommission (2025): Energie 2025: Wettbewerb und Effizienz für ein zukunftsfähiges Energiesystem. 10. Sektorgutachten (online verfügbar).

Der AGFW (Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und Kraft-Wärme-Kopplung) spricht sich hingegen explizit gegen einen Grundversorgungstarif mit Preisobergrenze aus, weil damit Investitions- und Planungssicherheit sowie der Netzausbau gefährdet würden.¹⁵

Auch das Bundeskartellamt hält eine Preisregulierung aufgrund der großen Zahl und Heterogenität der Fernwärmenetze für kaum umsetzbar. Stattdessen fordert das Kartellamt eine Stärkung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht und neben Preistransparenz auch mehr Transparenz über die Erzeugungskosten, um Anbieter, die ihre Marktmacht missbrauchen, besser identifizieren zu können.¹⁶

Sollten die Fernwärmepreise dauerhaft über den Preisen für alternative Heiztechnologien (Gasheizung, Wärmepumpenstrom) liegen, dürfte es schwierig werden, Bürger*innen zum Umstieg zu motivieren. Umgekehrt rechnet sich der Ausbau der Fernwärmenetze vor allem dann, wenn sich möglichst viele Haushalte in einem Gebiet an die Fernwärme anschließen.

Stadtwerke und Kommunen, denen die Fernwärmeanbieter oft gehören, sowie deren Verbände wie AGFW und DENA (Deutsche Energie-Agentur) fordern hingegen, dass die Kostenkomponente in der Preisänderungsklauseln gestärkt wird, um mehr Investitionssicherheit für klimaneutrale Wärmeerzeugung zu schaffen.

Fazit: Impulse aus der Krise für Wärmewende nutzen

Der temperaturbereinigte Heizenergieverbrauch der betrachteten Haushalte ist im Jahr 2024 gegenüber 2023 recht konstant geblieben, sodass die in den Energiekrisen Jahren 2022 und 2023 erzielten Heizenergieeinsparungen erhalten blieben. Gleichzeitig sind die CO₂-Emissionen in den betrachteten Gebäuden temperaturbereinigt um drei Prozent gesunken.

Nach dem Auslaufen der Energiepreisbremsen stiegen die Heizenergiepreise im Jahr 2024 um durchschnittlich sechs Prozent recht deutlich. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2021 haben sich die Preise damit um 77 Prozent erhöht. Dabei gab es starke Unterschiede zwischen den Energieträgern. Fernwärmepreise sind im Vergleich zum Vorjahr mit 27 Prozent deutlich stärker gestiegen als die Preise für Gas. Die Heizölpreise sind sogar gefallen. Damit hat sich die Entwicklung von 2023 umgekehrt. Damals waren die Gas- und Heizölpreise um 28 beziehungsweise 27 Prozent gestiegen, während der Preis für Fernwärme konstant blieb.

Die hohen Preisanstiege bei der Fernwärme sind neben dem Auslaufen der Energiepreisbremsen wahrscheinlich

¹⁵ Vgl. AGFW (2025): Alter Wein in neuen Schläuchen – Wärmewende braucht verlässliche Rahmenbedingungen statt Überregulierung (online verfügbar).

¹⁶ Bundeskartellamt (2025): Laufende Fernwärme-Verfahren – Verdacht auf rechtswidrige Preis-anpassungsklauseln erhärtet. Pressemitteilung vom 20. März (online verfügbar).

auf die verzögerte Weitergabe der hohen Energiepreise aus der Energiekrise zurückzuführen. Da sich die Gaspreise für Haushalte inzwischen stabilisiert haben, ist davon auszugehen, dass dies auch bei der Fernwärme im nächsten Jahr der Fall sein wird.

Um die Akzeptanz der Haushalte nicht zu gefährden, müssen Fernwärmepreise mit Preisen alternativer Heizsysteme vergleichbar bleiben. Bislang waren Öl- und Gasheizungen die beiden wichtigsten Alternativen zur Fernwärme. Im Zuge der Wärmewende werden Wärmepumpen voraussichtlich zunehmend zur relevanten Referenztechnologie,

mit der Fernwärmepreise verglichen werden. Um Haushalten einen einfacheren Vergleich zu ermöglichen, bedarf es mehr Transparenz über die Preisgestaltung bei der Fernwärme, zum Beispiel durch die verpflichtende Teilnahme an der Preistransparenzplattform. Dies würde auch den Kartellbehörden helfen, Fernwärmeanbieter zu identifizieren, die ihre Monopolposition ausnutzen, um überhöhte Preise zu verlangen. Mit Blick auf die wichtige Rolle von Fernwärme bei der Wärmewende ist zudem ein stabiler Regulierungsrahmen wichtig, der es Fernwärmeversorgern ermöglicht, die nötigen Investitionen in die klimaneutrale Wärmeherzeugung zu tätigen.

Sophie M. Behr ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | sbehr@diw.de

Till Köveker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | tkoeveker@diw.de

JEL: R31, Q21, Q40

Keywords: Heating demand, heating costs, building energy efficiency, residential buildings, gas prices, price breaks

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 49/2025:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Sophie M. Behr ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin

„Fernwärme hat sich seit dem Vorkrisenjahr 2021 weniger verteuert als Gas und Heizöl“



1. **Frau Behr, inwieweit war die Energiepreiskrise auch im Jahr 2024 noch spürbar?** Die Energiepreiskrise hat die Heizenergiepreise sehr stark steigen lassen – seit dem Vorkrisenjahr 2021 um bisher 77 Prozent. Die Wärmepreisbremsen, die bis Ende 2023 noch galten, sind ausgelaufen. Daraufhin sind im Jahr 2024 die Preise um durchschnittlich sechs Prozent gestiegen – also sehr wenig im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Gleichzeitig blieben die Einsparungen beim Verbrauch, die in den Jahren 2022 und 2023 erzielt wurden, erhalten. Der Heizenergiebedarf war 2024 ungefähr genauso hoch wie 2023.
2. **Wie hoch ist der Preisanstieg, wenn man nach den verschiedenen Heizenergieträgern unterscheidet?** Im Jahr 2024 haben sich die Preise der Heizenergieträger sehr unterschiedlich entwickelt. Die Preise für Heizöl sind um zehn Prozent gefallen, die Preise für Gas stiegen um fünf Prozent und die Preise für Fernwärme um 27 Prozent. 2023 hatten wir das umgekehrte Bild: Damals stiegen die Preise für Gas und für Heizöl sehr stark um fast 30 Prozent, während der Preis für Fernwärme konstant blieb. Die Preise für Fernwärme haben 2024 also nachgezogen. Der Grund für diese Verzögerung ist auch, wie die Preise für Fernwärme zustande kommen: Sie orientieren sich nachträglich über einen Index an der Entwicklung des Wärmemarkts. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2021 ist festzustellen, dass sich Fernwärme weniger stark verteuert hat als die anderen Energieträger: Während die Preise für Gas- und Heizöl um 82 beziehungsweise 74 Prozent stiegen, waren es bei der Fernwärme nur 67 Prozent.
3. **Wo gab es die höchsten und wo die niedrigsten Preissteigerungen?** Die Preise sind in Regionen mit einem relativ hohen Fernwärmeanteil eher gestiegen und in Regionen mit einem hohen Heizölanteil eher gefallen oder konstant geblieben. Auf Länderebene sehen wir, dass die Preise 2024 in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg am stärksten gestiegen sind und zwar durchschnittlich um ungefähr 20 Prozent. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz

fielen sie leicht, in Bayern gingen sie mit 1,7 Prozent am deutlichsten zurück.

4. **Inwieweit haben Sie beim Heizenergiebedarf regionale Unterschiede festgestellt?** Insgesamt ist der Heizenergiebedarf mit ungefähr 120 Kilowattstunden pro Quadratmeter ziemlich konstant geblieben. Auch regional hat sich wenig verändert. Weiterhin ist der Heizenergiebedarf im Osten und Süden Deutschlands sehr viel geringer als in Norddeutschland. Das unterschiedliche Wetter ist dabei schon berücksichtigt. Zum Beispiel liegt der Bedarf der ostdeutschen Länder ungefähr zehn Kilowattstunden pro Quadratmeter unter dem der westdeutschen Länder.
5. **Gibt es dafür eine Erklärung?** Ja, wir sehen zwei Gründe dafür. Zum einen wurde in den 1990er Jahren in den ostdeutschen Ländern viel saniert, sodass die Wohngebäude in einem besseren Zustand sind. Gleichzeitig ist der Bedarf bei Fernwärme, mit der in den ostdeutschen Ländern häufiger als im Westen geheizt wird, geringer als bei Gas oder Heizöl, da ja die Wärme direkt geliefert wird und keine Umwandlungsverluste im Haus entstehen.
6. **Wie sieht es bei den Emissionseinsparungen im Gebäudesektor aus?** Es gab Fortschritte, wenn auch kleine. Die Emissionen im Gebäudesektor sind 2024 von 102 auf 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente gefallen. Das Ziel von 97 Millionen Tonnen wurde also knapp verfehlt. Ab 2030 sollen jährlich weniger als 67 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen werden, also ein Drittel weniger als 2024. Um dieses geplante Zwischenziel zu erreichen, sind auf jeden Fall zusätzliche Politikmaßnahmen notwendig. So könnte zum Beispiel das Dämmen von Wohngebäuden oder der Austausch von Heizungen hin zu Wärmepumpen und dekarbonisierter Fernwärme gefördert werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1233
2025 | Stefan Schneck



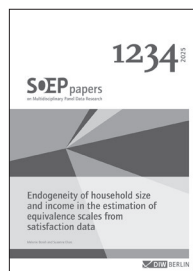
The Origins of Entrepreneurship: How Parental Role Models and Socialization Shape Later Entrepreneurial Intentions

This exploratory study examines the effects of parental socialization and parental role models at ages 7 to 10 on the entrepreneurial intentions of their children in adolescence. Analysis of German household data and more than 1,400 observations shows a moderation effect between parental role models and socialization. An adolescent's willingness to become self-employed in the future is influenced by parental role models and moderated by parental child-rearing practices related to risk-taking during childhood. While child-rearing practices not focused on risk-avoidance reinforce the parental role model effect and increase an adolescent's intentions to become self-employed, parental child-rearing practices geared toward risk aversion nullify any positive effects of having self-employed parents as role models. Parental socialization during childhood thus casts a long-term shadow and may explain why some children with self-employed parents have as little intention of becoming self-employed as children of employees. Early parental socialization practices may, thus, contribute to explaining the lack of willing entrepreneurs and family business successors.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1234
2025 | Melanie Borah, Susanne Elsas



Endogeneity of Household Size and Income in the Estimation of Equivalence Scales from Satisfaction Data

Analyses of income distributions across households crucially depend on equivalence scales. They define income increments necessary to keep a household's living standard constant as it is joined by additional adults or children. Such scales have frequently been estimated using income satisfaction data, yet under the assumption that household income, size, and structure are exogenous. The present paper is the first to relax this assumption and consider the possible endogeneity of income and family size in income satisfaction. This involves an empirical analysis of data from the German Socio-Economic

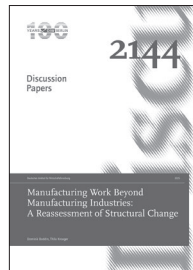
Panel (SOEP) using fixed-effects regressions with heteroscedasticity-based instruments. Our results confirm that endogeneity is relevant in regressions of income satisfaction; equivalence weights, however, appear not to be biased significantly. Accounting for endogeneity in income and family size has virtually no implications for distribution and poverty analyses.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2144

2025 | Dominik Boddin, Thilo Kroeger



Manufacturing Work Beyond Manufacturing Industries: A Reassessment of Structural Change

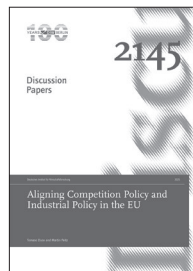
This paper studies the labor market impact of structural change by distinguishing between industry- and occupation-based measures of manufacturing and service employment. Using German data from 1975–2019, we find that 67% of manufacturing jobs lost in manufacturing industries are offset by new manufacturing jobs in service industries. Linking these aggregate patterns to worker-level outcomes, we show that the severity of displacement costs depends on the occupation—sector characteristics of the next job. Workers who retain manufacturing occupations in the service sector experience employment trajectories comparable to those remaining in manufacturing, indicating that structural change is less disruptive than commonly perceived.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2145

2025 | Tomaso Duso, Martin Peitz



Aligning Competition Policy and Industrial Policy in the EU

Trade conflicts, geopolitical tensions, digital disruption, and the climate crisis pose major challenges for the European Union (EU) and its member states. As called for in the Draghi Report, industrial policy measures can increase competitiveness, strengthen resilience, and facilitate the twin transformation. This article explores ways in which competition policy can be realigned to better accommodate industrial policy objectives. Using German competition law as a reference point, it presents options with which legislatures and competition authorities can respond to current challenges, reconcile conflicting objectives, and adapt the decision-making framework. It then considers elements of a competition-oriented

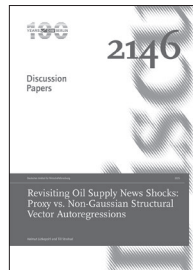
industrial policy, understood as an evidence-based, targeted approach in which competition serves both as a guiding principle and as a control variable.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2146

2025 | Helmut Lütkepohl, Till Strohsal



Revisiting Oil Supply News Shocks: Proxy vs. Non-Gaussian Structural Vector Autoregressions

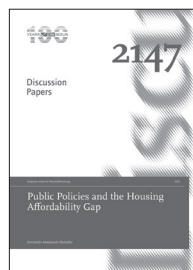
We replicate a study by Känzig (American Economic Review, 111 (2021), 1092–1125), who employs structural vector autoregressive techniques to examine the impact of changes in oil supply expectations on the price of oil and other macroeconomic aggregates. Känzig identifies an oil supply news shock by constructing a proxy from OPEC announcements about their production plans. As this proxy is a controversial instrument for oil supply news, we use the non-Gaussianity of the data to identify independent structural shocks and find that one of them corresponds closely to Känzig's oil supply news shock, implying that the proxy is not necessarily needed to obtain a shock with the same characteristics.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2147

2025 | Konstantin A. Kholodilin



Public Policies and the Housing Affordability Gap

Between 1950 and 2023, the housing cost burden—approximated by the proportion of total household consumption expenditure spent on housing, water, electricity and fuel—has risen almost steadily in many countries around the world. First, this trend can be explained by substantial improvements in the quantity and quality of housing. In fact, in some countries (e.g., Germany), per capita floor space has more than doubled since 1950. In developed countries, the availability of toilets, hot water and electricity rose from less than 50% of dwellings to almost 100% over the same period. Second, the increase in the housing cost burden is due to the higher rate of increase in housing costs compared to

total consumer expenditures. Low-income households are particularly affected by this trend. Compared to high-income households, they spend a larger share of their consumption on housing. Such a deterioration in housing affordability can negatively affect health and education by reducing the residual income that could have been spent on them. This, in turn, can lead to lower incomes for these households, preventing them from closing the income gap with higher-income households. Third, the growing housing cost burden may be the result of the retreat of the state from social policy, including the removal of the strong rent control that was installed in many countries (including all European states) during World War II and effectively froze housing rents. This study examines the impact of housing policies on housing inequality, focusing on affordability gaps across income groups. Using longitudinal data from 28 countries between 1981 and 2023, I analyze the impact of housing policies such as rent control, housing subsidies and social housing on housing cost burdens. My results show that tenant protection policies reduce the proportion of housing costs for both low- and high-income households, without affecting the gap between them.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





TOMASO DUSO

Zwischen Kassenbon und Bauernhof: Machtverschiebungen in der Lebensmittelkette

Tomaso Duso ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin und Vorsitzender der Monopolkommission. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Seit Jahren klettern die Lebensmittelpreise in Deutschland spürbar. Der Betrag auf dem Kassenbon steigt, während der Einkaufswagen oft leerer bleibt – und gleichzeitig klagen Landwirt*innen über stagnierende und teilweise unzureichende Erzeugerpreise. Entlang der Lieferkette haben sich in den letzten Jahren Wertschöpfung und Einfluss verschoben: Die Zahl der Akteure ist geschrumpft, sowohl im Einzelhandel als auch in der Herstellung. Doch wer profitiert von dieser Entwicklung? Das jüngste Sondergutachten der Monopolkommission empfiehlt Maßnahmen gegen Machtmissbrauch, um Verbraucher*innen und Erzeuger zu schützen.

Deutschland gilt schon lange als Land der Discounter. Mit Aldi und Lidl entstanden Pioniere eines Formats, das lange für intensiven Wettbewerb und niedrige Preise sorgte – auch international. Tatsächlich liegen die durchschnittlichen Lebensmittelpreise immer noch im EU-Mittelfeld, auch wenn die Entwicklung eine andere Geschichte erzählt: In den letzten 15 Jahren sind Lebensmittelpreise hierzulande deutlich stärker gestiegen als im EU-Schnitt – also schon lange vor der Inflation ab 2022.

Auch die Schere zwischen den Preisen an der Supermarktkasse und den Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe klappt immer weiter auseinander. Trotz steigender Verbraucherpreise erhalten Landwirt*innen kaum höhere Erzeugerpreise. Ihre Arbeit wird dadurch zunehmend schlechter entlohnt. Gleichzeitig konnten Hersteller und Handelsunternehmen ihre Gewinnmargen in den letzten 15 Jahren stetig ausbauen – und die Preise klettern weiter. Im deutschen Lebensmitteleinzelhandel kontrollieren vier Konzerne – Edeka, Rewe, Lidl/Schwarz-Gruppe und Aldi – rund 85 Prozent des Marktes. Das sind über 30 Prozentpunkte mehr als in den 1990er Jahren.

Diese Macht bauen sie durch Eigenmarken und eigene Produktionsstätten weiter aus. Die Unternehmen sind längst nicht mehr nur Händler, sondern vertikal integrierte Lebensmittelkonzerne, die auch als Hersteller und Direktabnehmer bei landwirtschaftlichen Betrieben auftreten. Ihre Verhandlungsmacht wächst: Wer Handel und Produktion vereint, kann Preise

und Sortimente stärker beeinflussen. Auch auf Herstellerseite nimmt die Konzentration stetig zu. Landwirt*innen und kleinere Hersteller berichten von erheblichem Druck: Vertragsverhandlungen mit den nachgelagerten Stufen sind geprägt von Abhängigkeiten und ungleichen Machtverhältnissen. Mit dem Kartellrecht lässt sich mancher Missbrauch von Marktmacht zwar verhindern. Zudem existieren seit einigen Jahren spezielle Regeln gegen unfaire Handelspraktiken. Dennoch verhindert der „Angstfaktor“ oft deren Nutzung: Aus Sorge vor Auslistungen oder anderen Nachteilen verzichten viele darauf, ihre Rechte geltend zu machen. Die Folge ist ein strukturelles Ungleichgewicht mit Ertragsverlusten und weiter steigenden Margen.

Die Monopolkommission hat kürzlich ein Sondergutachten dazu veröffentlicht und macht deutlich: Die bestehenden Regeln reichen wohl aus, ihre Durchsetzung ist jedoch unzureichend. Zusammenschlüsse im Handel und bei Herstellern müssten künftig strenger geprüft werden, vor allem mit Blick auf die gesamte Lieferkette. Sie empfiehlt zudem, frühere Maßnahmen zu evaluieren, um Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Zudem brauche es eine stärkere Aufsicht gegen Machtmissbrauch.

Die Landwirtschaft erhält bereits viel Unterstützung. Subventionen müssten aber an Zukunftsziele wie Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit geknüpft sein. Davon würden vor allem kleinere Betriebe profitieren. Alle Betriebe, gerade auch die kleinen Höfe, benötigen zudem eine Entlastung von überbordender Bürokratie. Der wirksame Wettbewerb entlang der gesamten Lieferkette ist die Garantie dafür, dass die Preise für Verbraucher*innen niedrig bleiben. Gleichzeitig sichert der Wettbewerb, dass sich nicht einzelne Große auf Kosten der Kleinen in der Lieferkette bereichern. Solche Fairness hat die Landwirtschaft, die ohnehin schwer zu kämpfen hat, verdient. Im Einkaufskorb zahlt sich Wettbewerb durch gute Produkte zu fairen Preisen aus.

Der Beitrag ist am 29. November in einer etwas längeren Fassung bei Capital erschienen.